

2008-07-22

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 09.07.2008

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:00 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 39**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Brumme, Kurt Unentschuldigt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Ehlert, Heidemarie
Geier, Erhard
Stöbe, Karin

Fraktion der SPD

Gebhardt, Udo
Laue, Harald

Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM

Böhler, Axel
Schröter, Steffen

Fraktion der FDP

Maloszyk, Rainer

Mitglied Freie Wähler

Göricke, Hagen

Mitglied DVU

Knop, Ingmar

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung des Stadtrates wurde durch seinen **Vorsitzenden Dr. Exner** eröffnet und die Anwesenden begrüßt.

Aufgrund aktueller Ereignisse wurde vor Eintritt in die heutige Tagesordnung durch **Herrn Dr. Exner** eine Resolution verlesen. In dieser durch den Vorsitzenden des Stadtrates und den Oberbürgermeister zu unterzeichnenden Erklärung wurde die Distanzierung von den gegen einen vietnamesischen Lebensmittelhändler gerichteten rassistischen Schmierereien sowie den Schändungen auf dem jüdischen Friedhof am gleichen Tag und deren Verurteilung zum Ausdruck gebracht.

Ihrer **Zustimmung** gaben die Mitglieder des Stadtrates **einstimmig** durch Handzeichen zur Kenntnis. Nach Unterzeichnung der Resolution wurde das Original den Unterlagen der heutigen Sitzung beigelegt. Die Fraktionen des Stadtrates sowie die anwesenden Pressevertreter erhielten eine Kopie.

Im Anschluss stellte Dr. Exner die frist- und formgerechte Ladung zur Stadtratssitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die ausgereichte Tagesordnung wurde ohne Ergänzungen oder Änderungen einstimmig angenommen.

3. **Genehmigung der Niederschrift vom 04.06.2008**

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, bezog sich in seiner Wortmeldung auf den Inhalt der letzten Sitzung des Stadtrates. Auf seine Nachfrage, ob die Stadt Beschwerde gegen den Fördersatz für die Förderung Abriss Junkalor eingelegt hat, habe Herr Gröger ausgesagt, dass keine Beschwerde eingelegt wurde. Nunmehr liege Herrn Otto aber ein Fax des Kollegen vom Land vor, in dem bestätigt wird, dass verspätet Beschwerde eingelegt worden ist.

Auch in dem Fall, wo es um die Kostenerhöhung für das AOK-Gebäude ging und kritisiert wurde, dass es nicht durch einen politischen Beschluss untersetzt ist, war hier zunächst eine falsche Aussage getroffen worden.

Da es also nicht das erste Mal ist, dass hier nicht die Wahrheit gesagt wurde, sprach Herr Otto an dieser Stelle Kritik aus. Er betonte, selbst bei einer unwissentlich falschen Aussage müsse diese anschließend korrigiert werden. So könne nicht der Umgang mit den Stadträten sein.

Die **Niederschrift zur Sitzung des Stadtrates vom 04. Juni 2008** wurde bei einer Enthaltung **bestätigt**.

4. Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Eingangs bedankte sich **OB Koschig** für das einstimmige Votum der Mitglieder des Stadtrates zu der Resolution, welche gemeinsam mit dem Christenrat unserer Stadt und vielen anderen Bürgerinnen und Bürgern ein deutliches Signal gegen solche Umtriebe in unserer Stadt gegeben haben. Besonders dankte er denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, die hier nicht nur bei unseren ausländischen Mitbürgern ganz bewusst gekauft haben, sondern sie auch ermutigten und ihnen dankten, dass sie unsere Stadt ein gutes Stück reicher und schöner machen.

In seinem Bericht fortfahrend, ging Herr Koschig auf den 1. Geburtstag der gemeinsamen Stadt Dessau-Roßlau ein. Die Stadtverwaltung sei ein gutes Stück zusammengewachsen, das Technische Rathaus ist schon seit längerem im Betrieb in der ehemaligen Garnison im Stadtteil Roßlau, man sei bei der Freilenkung des Gebäudes Ferdinand-von-Schill-Straße - das Sozialamt sei gerade im Umzug, das Schulverwaltungsamt sei bereits in den Rathausneubau eingezogen. Die Ämter 12 und 14 sind zuvor in das Rathaus Roßlau umgezogen.

Im zurückliegenden Berichtszeitraum fand in diesem Ratssaal eine Kabinettsitzung der Landesregierung statt, wo Herr Koschig Gelegenheit hatte, für die Stadt Dessau-Roßlau zur kompletten Breite unserer kommunalpolitischen Themen Ausführungen zu machen und sich mit den Ministern auszutauschen. Deutlich habe er sich auch im Namen seiner Oberbürgermeister-Kollegen aus Halle und Magdeburg dafür eingesetzt, dass die allgemeinen Zuweisungen auf eine sichere Stufe gestellt werden. An der Stelle bedankte er sich noch einmal ausdrücklich bei Staatsminister Robra, dem Kommunal- und dem Finanzminister. Neben der Finanzierung unserer Stadt stellte der Hochwasserschutz den zweiten Schwerpunkt der Beratung dar. Nach wie vor hat die Vollendung der Hochwasserschutzmaßnahmen eine hohe Priorität. Bei allen Erwägungen einer Prioritätenliste solle die Landesregierung immer wieder den Schwerpunkt darauf legen, wo die Betroffenheit am größten.

Als dritten Schwerpunkt benannte OB Koschig, dass man bei der Ausschreibung für den Direktor der Stiftung Bauhaus besonderen Wert darauf gelegt habe, dass er seine Residenz in der Stadt nimmt. Herr Koschig habe den Ministerpräsidenten und sein Kabinett gebeten, hier einen Beitrag zu leisten, indem bei der Ausschreibung von Hochschullehrern und anderen Landesangestellten auch die Residenzpflicht in unserer Stadt mit festgeschrieben wird. Das Kultusministerium ist beauftragt worden, dieser Bitte Folge zu leisten.

Am Wochenende 19., 20, 21. Juni 2008 war eine größere Delegation unserer Stadt eingeladen, das Jubiläum 20 Jahre Städtepartnerschaft mit Ludwigshafen zu feiern. Im Rahmen eines Festaktes erfolgte die Unterzeichnung des „überarbeiteten“ Partnerschaftsvertrages.

Seinen Dank richtete Herr Koschig an den Verein zur Förderung der Stadtkultur für die Durchführung des 5. Leopoldsfest, welches großen Anklang gefunden hat und der Festumzug war mit mehr als 1400 Teilnehmern der bisher größte. Herr Koschig habe sich mit Vorsitzenden der Fraktionen im Vorfeld des Festes getroffen und es wurde Zustimmung gegeben, mit dem Verein über einen Vertrag zu verhandeln, dass die Stadt künftig gemeinsam mit dem Verein das Leopoldsfest durchführt.

Gebietsänderungsangelegenheiten:

Der Auskreisungsantrag von Wörlitz wurde am 7.7.2008 auf der Kreistagssitzung Wittenberg abgelehnt. In der Begründung heißt es: „so gehört die Gemarkung Wörlitz aus naturräumlicher Sicht zur Flusslandschaft Elbe und muss im Ergebnis der Kreisgebietsreform durch den Landkreis im Gesamtzusammenhang beplant werden, was Schutz und Pflege der Landschaft betrifft. Bei einer Auskreisung würde der nun zusammenhängende Naturraum wieder auseinander gerissen werden.“

Herr Koschig erklärte das Bedauern, dass der Kreistag nicht zu einer anderen Lösung kommen konnte. Er sei der SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt dankbar, dass sie in Initiative geht und auch den Kontakt zu der CDU-Fraktion aufgenommen hat. Wie ihm bestätigt wurde, gibt es auch in der CDU-Fraktion im Landtag zunehmend eine Einsicht, doch den Wörlitzer Winkel mit der Stadt Dessau-Roßlau zusammenzuführen, zumindest was die Stadt Wörlitz und die Gemeinde Vockerode betrifft.

Wirtschaftsförderung:

Vorgesehen ist die Errichtung einer Biogasanlage im Bereich Lukoer Straße durch die Firma projectplan GmbH. Hier gibt es eine Bürgerinitiative und den Widerspruch der Anwohner. Das LVwA stuft das Vorhaben nicht nach § 35 BauGB ein und führt z. Z. das BImSch-Verfahren durch.

Es liegen zwei Anfragen vor, zu denen die Entscheidungen des Investors noch ausstehen:

- Logistikzentrum der Automobilindustrie (Flächenbedarf: 30 ha mit Gleisanschluss, Arbeitsplätze: 110). Als Standort wurde der Flugplatz angeboten.
- Teilmontage von Flugzeugteilen (über Dr. Exner)
Flächenbedarf: 4 ha. Auch hier wurde der Flugplatz ins Gespräch gebracht.

Der IQ Innovationspreis Dessau-Roßlau ging an die Fa. Composite & Industrieteile.

Am 07.07.2008 fand auf dem Gelände des ehemaligen Elbwerkes die Grundsteinlegung für die Erweiterung WTZ im Bereich Mühlenreihe statt. Das Unternehmen geht jetzt in eine neue Phase, indem die Trennung in zwei Standorte, die es seit 1952 gibt, zur Konzentration auf dem Standort des ehemaligen Elbwerkes wird.

Im Industriehafen in Roßlau kam es zu einem schweren Brand. Infolge Brandstiftung sind etwa 1000 m³ Holz verbrannt. Der Wachschatz wurde verdoppelt und die Polizei sagte eine verstärkte Bestreifung zu. Weitere Sicherungsmaßnahmen werden durchgeführt.

Baugeschehen

Beschluss über die Aufstellung der 1. Änderung des rechtswirksamen Bebauungsplanes Nr. 147 „**Schlachthof Dessau-Nord**“: Am 28.06.2008 erfolgte im Amtsblatt 07/2008 die ortsübliche Bekanntmachung.

Zum **Abbruch Bürogebäude einschl. Nebengebäude Wörlitzer Platz 2** in 06844 Dessau-Roßlau: Am 27.06.2008 konnte mit der Asbestsanierung begonnen werden; der Abbruch des Gebäudes muss gem. Fördermittelbescheid bis Mitte August 2008 abgeschlossen sein.

Der **Abriss der Gebäude der Fa. ANDES** im Stadtumbaugebiet Innenstadt „Quartiersaufwertung Stadtfolgelandschaft“, die Oberflächenentsiegelung und die Tiefenenttrümmerung sowie die Verfüllung des Oberbodens sind abgeschlossen; z. Zt. erfolgen die Reparatur und Wiederherstellungsarbeiten an den Gehwegen. Mahdgutauflage erfolgt bis Mitte 07/2008.

Zur Aufwertung des **Räucherturms** ist die Beauftragung für Rohbau und Schlosserarbeiten am 03.07. erfolgt, z. Z. gibt es Abstimmungen zum Farb- und Beleuchtungskonzept.

Umbau des ehemaligen AOK-Gebäudes zum „Sport- und Kurshaus am Philanthropinum“ - hier sind die Rohbauarbeiten im Haupthaus und Anbau weitestgehend abgeschlossen. Derzeit laufen der Innenausbau, Arbeiten für Haustechnik und im Außenbereich.

Bei dem Namenswettbewerb gingen zwei gleichwertige Vorschläge - „Spukhaus“ und „Kurt-Elster-Haus“ mit deutlichen Abständen zu anderen Namen ein. Die beiden Vorschläge sollen im zuständigen Fachausschuss zur Entscheidung vorgelegt werden.

Bis Ende Juli 2008 sollen Mängelbeseitigung und Fertigstellung Restleistungen im **Kulturzentrum „Altes Theater“** fertig gestellt werden. Sämtliche Ausbau- und Technikgewerke befinden sich in der Ausführung, ebenfalls der Bau der Außenanlagen. Die Gewerke Bühnenboden, mobile Tribünen sowie die Innenausstattung werden in den Sommermonaten (Juni-Juli) ausgeführt. Die Eröffnung soll zur Nacht des Stadtumbaus am 12.09.2008 sein.

Die Abbrucharbeiten für die **Generalsanierung Astronomische Station**, Peterholzstraße sind abgeschlossen. Momentan befinden sich die Rohbauarbeiten in der Ausführung. Die Ausbaugewerke beginnen voraussichtlich ab Mitte August 2008.

Stand der Baumaßnahmen:

Neubau Bahnhofstraße

Seit dreieinhalb Monaten wird an der künftigen Bahnhofstraße gebaut. Der Kreiselneubau im Bereich der Kreuzung Gropiusallee /Kühnauer Straße, der unter Vollsperrung gebaut wird, ist soweit fertig gestellt, dass mit dem Einbau der Bordanlagen die Voraussetzungen zum Einbau der Schwarzdecke am 14. und 15. Juli gegeben sind. Die VOB-Abnahme für den ersten funktionsfähigen Teilabschnitt der Bahnhofstraße, dem Kreisverkehr, soll am 08. August mit gleichzeitiger Verkehrsfreigabe erfolgen. Inzwischen wurden die Baugruben für die Bauwerke der Brücke, Stützwände und Lärmschutzwände ausgehoben. Zurzeit erfolgen Schalungs-, Bewehrungs- und Betonierungsarbeiten, um bis zum Ende der 28. KW den Einbau aller Fundamente von 6 Bauwerken planmäßig abschließen zu können.

Für die geplanten Lärmschutzwände wurden bisher 100 Großbohrpfähle hergestellt. In den nächsten 14 Tagen werde, weitere 30 Großbohrpfähle eingebracht. Die Rathenaustraße wird im Bereich vom Westausgang bis Einmündung der Liebknechtstraße in der Zeit vom 7. Juli bis zum 1. November voll gesperrt, um den Einbau von Abwasserleitungen Versorgungsmedien und den Neubau der Straße zu ermöglichen. Alle Arbeiten an der Bahnhofstraße erfolgen plangerecht entsprechend dem gültigen Bauablaufplan.

Ausbau B 185 (Orangeriestraße) / Knoten Am Hanfgarten / Anhalterstraße in Mosigkau und Neubau Bauwerk 24 im Zuge der B 185 in der Ortslage Mosigkau:

Die Zuschlagserteilung durch den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt erfolgte am 24.06.2008 an das Bauunternehmen STRABAG AG für die Gewerke: Straßenbau, Begrünung und DVV-Leistungen. Im Ergebnis der Bauanlaufberatung am 27.06.2008 beginnen die aktiven Bauleistungen am 14.07.08.

Nach der Bauanlaufberatung für den **Ersatzneubau der Brücke BW 24** im Zuge der B 185 soll zeitnah mit der Ausführung begonnen werden. Weil beide Baumaßnahmen zeitgleich beginnen sollen, erfolgt die Vollsperrung der B 185 in der Ortslage Mosigkau ab dem 14.07.08 bis Mitte Dezember 08.

Der **Ausbau Eduardstraße** im Sanierungsgebiet Dessau-Nord ist einschließlich Mängelbeseitigung abgeschlossen.

Die Maßnahme **Oranienstraße** im Sanierungsgebiet Dessau-Nord wurde termingerecht begonnen. Derzeit werden die Abwasser- und Trinkwasserleitung in der Straße verlegt. Mit den Leistungen für die Stadt (Setzen der Bordsteine und Rinne Gehwegbau) wird in der 32.KW begonnen. Die Maßnahme liegt im vorgegebenen Bauablaufplan.

Die gemeinsame Baumaßnahme der Stiftung Bauhaus und der Stadt **Ausbau Bauhausstraße 1. BA** im unmittelbaren Umfeld des Bauhauses wurde unter Federführung des Landesbetriebes Bau, Niederlassung Ost, öffentlich ausgeschrieben. Derzeit wird die Vergabeprüfung bearbeitet. Der Baubeginn soll im August 2008 sein.

Der **Ausbau des Kreisverkehrs** im Kreuzungsbereich **L 120 / Am Finkenherd** wird in der Verantwortung des Landesbetriebes Bau, Niederlassung Ost, derzeit zur Realisierung vorbereitet. Die Vorabstimmungen mit dem LBB; dem Amt für Ordnung und Verkehr; dem Tiefbauamt der Stadt Dessau-Roßlau sind abgeschlossen. Die Ausschreibung wurde am 27.06.08 veröffentlicht. Die Vergabe soll Ende August 2008 erfolgen.

Im Auftrag der DVV DESWA wurden in der **Mühlenreihe Kanalbaumaßnahmen** im Bereich von **Mühlenbuschweg** bis Fliederweg unter Berücksichtigung der Fördermittelzuweisung begonnen. Der grundhafte Straßenausbau im Mühlenbuschweg und in der Mühlenreihe im Auftrag der Stadt soll im Jahr 2009 erfolgen. Mit der Bürgerinformation dazu wird im September 2008 begonnen. Danach können noch mögliche Planänderungen eingearbeitet werden, um dann die Ausschreibungsunterlagen vervollständigen zu können.

Die Ausschreibungsunterlagen für die **Baumaßnahme Kleine Marktstraße** sind erstellt und die Planung abgeschlossen. Die Bürgerinformation fand am 01.07.08 statt. Aus der Bürgerrunde gab es keine Projektänderungen. Baubeginn ist ab Mitte September und mit Bauende ist Ende Oktober 2008 zu rechnen.

Bereich des Tourismus

Positive Übernachtungsergebnisse gab es im 1. Quartal 2008. Die Zahl der anreisenden Gäste konnte um 2,1% auf 17.643 Ankünfte gesteigert werden.

Sport-Höhepunkte

Die **Fußball-Europameisterschaft** darf an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben. Die Stadt Dessau-Roßlau hat für ihre Bürger rechtzeitig dafür gesorgt, dass nach den guten Erfahrungen bei der WM 2006 im großen Rathaus-Innenhof ein Superevent stattfinden konnte. An 7 Spieltagen, davon 6-mal mit deutscher Beteiligung, wurde durch das Sportamt mit Kooperationspartnern die Fan-Arena Dessau organisiert. 7.000 Zuschauer verfolgten die Spiele im Rathaus-Innenhof bei großartiger Fußballatmosphäre. Die Fan Arena Dessau war ein voller Erfolg.

Für Herrn Koschig selbst gab es eine Einladung der Stadt Klagenfurt zu einem Besuch des Spieles Deutschland vs. Kroatien, welche er wahrgenommen und als **Antrittsbesuch in der Partnerstadt** nutzte.

Vom 9. Juni bis 15. Juni fand eine schöne Festwoche aus Anlass **100 Jahre Germania Roßlau** statt. Aus diesem Anlass gab es ein Freundschaftsspiel der SV Germania Roßlau gegen eine Auswahl von Energie Cottbus, in dem sich Germania achtbar mit 1:3 geschlagen hat.

Auch sportpolitisch gab es zwei große Höhepunkte für die Stadt Dessau-Roßlau, so tagten innerhalb von 2 Wochen Ende Mai und Mitte Juni zwei **Bundestage** in unserer Stadt. Im Steigenberger Hotel tagte der Bundestag des Deutschen Basketball-Bundes mit seinem gesamten Präsidium und ca. 180 Delegierten und Gästen. Zur Eröffnung des Bundestages war auch die Sozialministerin Frau Dr. Kuppe anwesend. Vom 12. bis 14. Juni fand im nH Hotel der Jugendbundestag des Deutschen Handball-Bundes mit ca. 130 Delegierten und Gästen statt. Auch hier war zur Eröffnung die Sozialministerin anwesend.

Was den Handball betrifft, kann mitgeteilt werden, dass der Handballverein die Lizenz bekommen hat. Herr Koschig dankte allen, die dazu beigetragen haben, besonders den Sponsoren unserer Stadt, die es wirtschaftlich ermöglichen, dass es weiterhin in unserer Stadt Bundesliga-Handball gibt.

Nachdem es im vergangenen Jahr kein Motorbootrennen auf der Elbe gab, konnte in diesem Jahr das 44. internationale Motorbootrennen stattfinden und wurde auch erfolgreich durchgeführt. Ca. 3.000 Besucher kamen zum Rennwochenende an die Elbe. Dies sei besonders bemerkenswert, da zur gleichen Zeit zehntausende Gäste, Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zum Leopoldsfest in der Stadt weilten.

In Abstimmung zwischen dem MBC "Elbe" und dem "Sportamt" soll die 45. Auflage im kommenden Jahr in der Sportwoche stattfinden, in der Zeit vom 30. Mai bis 14. Juni, um so Überschneidungen in unserem Kultur- und Sportkalender künftig zu vermeiden.

OB Koschig informierte des Weiteren über einen **Bericht im ARD-Fernsehen** vom 23. Juni 2008, in dem **report München** über die Möglichkeiten berichtete, dass Einwohnermeldeprogramme in deutschen Kommunen durch Internetnutzer geknackt werden können (von der Softwarefirma HSH). Auch Dessau-Roßlau hat das Programm im Einwohnermeldewesen eingeführt. Allerdings trifft der Bericht für unsere Stadt nicht zu. Wir haben den Online-Betrieb nicht eingeführt, so dass es zu keinem Zeitpunkt möglich war, von außen auf Daten zuzugreifen. Sofort nach der Sendung wurde eine Prüfung unserer Anwendung durch die Datenschutzbeauftragte vorgenommen. Auch sie kam zum gleichen Ergebnis, dass zu es keinen Zugriffen von Unberechtigten gekommen ist bzw. kommen kann.

Des Weiteren bezog sich Herr Koschig auf einen **Zeitungsbericht vom 3. Juli** in der MZ, dass die **Bürgerinitiative zur Rettung kommunalen Eigentums** ein Bürgerbegehren auf den Weg bringen will mit der Frage „Sind Sie dafür, dass die kommunalen Unternehmen Betriebe der Stadt Dessau-Roßlau, die der Daseinsvorsorge dienen, weiterhin zu 100 % in kommunalem Eigentum verbleiben?“ Unabhängig vom Namen der Bürgerinitiative, der irgend jemandem in der Stadt unterstellt, kommunales Eigentum zu verscherbeln, sei Herr Koschig gegen ein solches Bürgerbegehren, das ein so komplexes Thema auf eine einzige Frage reduziert, die keine Antwort auf unsere dringenden Probleme gibt.

Begründend führte Herr Koschig aus,

1. wenn von Daseinsvorsorge gesprochen wird, müsse klar definiert werden, was Kernaufgabe einer Kommune ist, denn viele Aufgabenbereiche der Ver- und Entsorgung, ob Energie oder Wasser, werden bereits heute und zum großen Teil wesentlich preisgünstiger auch durch Privatunternehmen erledigt. Einziger Unterschied ist, dass die Gewinne in einem kommunalen Unternehmen in der Regel auch allen Bürgern zugute kommen, in unserer DVV bspw. dem ÖPNV. Dies lasse es auch sinnvoll erscheinen, die DVV in kommunaler Hand zu behalten.
2. Es gibt auch in unserem kommunalen Unternehmen einzelne Bereiche, die erhebliche Probleme in der Zukunft haben werden, überhaupt bestandsfähig zu bleiben. für die Lösung dieser Aufgaben müssen alle Optionen, auch die Einbeziehung strategischer Partner, möglich bleiben.
3. Wenn einerseits davon gesprochen wird, dass um die kommunalen Unternehmen keine Schutzmauer errichtet, andererseits aber der Status quo festgeschrieben werden soll, erschließe ihm nicht, aus welcher Motivation heraus in den kommunalen Unternehmen Effizienzsteigerung und Kostenersparnis erarbeitet werden sollen. Momentan arbeiten unsere Geschäftsführer gemeinsam über die Grenzen der Unternehmen hinweg an Synergieeffekten, die sie zur Verbesserung der Effizienz der eigenen Unternehmen nutzen können.
4. halte er überhaupt nichts davon, vor der Vorlage des Gutachtens von Rödel und Partner und vor der intensiven Auseinandersetzung im Rat, in den Ausschüssen, mit den Personal- und Betriebsräten der betroffenen Unternehmen mit deren Empfehlungen und sachlichen Argumenten jegliche Diskussion bereits im Keim zu ersticken. Dies dient keiner zukunftsorientierten Lösung.

Bürgerbegehren dienen dazu, den Stadtrat zu zwingen, sich mit einer bestimmten Materie zu beschäftigen. Dieses hohe Haus hier muss nicht gezwungen werden, es beschäftigt sich zurzeit im Rahmen der Politikdialoge sehr intensiv mit der Zukunft unserer kommunalen Unternehmen und dies tiefgründiger und vor allem differenzierter als nur eine Switch-Off-Frage „Verkauf Ja oder Nein“. Wir beteiligen die Personal- und Betriebsräte, haben diesen sogar einen Vertragsentwurf zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften vorgelegt. Insofern bitte er darum, hier im Übereifer Aktionen loszutreten, die uns möglicherweise eines Tages sehr schwer auf die Füße fallen und unsere wirkliche Lösungsmöglichkeiten für die Zukunft unserer kommunalen Unternehmen verbauen. Er bat die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, eine solche Liste nicht zu unterschreiben, weil sie nicht zum Ziel, das wir uns alle wünschen, führt.

Abschließend ging OB Koschig auf den **Meisterhaus-Wettbewerb** ein. Die Preisverleihung wurde durchgeführt und die Ausstellung der Wettbewerbsbeiträge eröffnet. Es gebe eine Beschlussvorlage von mehreren Fraktionen dieses Hauses, die jetzt im Bau-

ausschuss behandelt werden soll. Herr Koschig hoffe, dass es gelingt, in der nächsten ordentlichen Stadtratssitzung im September auch einen Beschluss zu fassen, wie wir im Ergebnis des Meisterhauswettbewerbes die städtebauliche Reparatur des Meisterhaus-Ensembles umsetzen. Dazu bedarf es noch der Gespräche mit dem Architekten. Eine wichtige Gesprächsrunde hat bereits am 26. Juni stattgefunden, als der Präsident von ICOMOS, Prof. Petzet, mit zwei weiteren Vertretern von ICOMOS sowie Vertreter des Kultus- und des Bauministeriums, des Landesamtes für Denkmalpflege, unseres Landesverwaltungsamtes, der Architektenkammer und der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau selbst zusammengekommen waren und besprachen, wie wir weiter mit dem Ergebnis des Wettbewerbes umgehen. Es gibt ja keinen 1. Preisträger und auch keine klare Empfehlung, wie mit den Ergebnissen umzugehen ist. Man habe der Stadt hier weitere Freiheit gegeben, aber doch Entscheidungszwänge auferlegt. Mit diesem Wettbewerb konnte aber ein wichtiges Ziel erreicht werden, dass es nicht mehr als ein Sakrileg angesehen wird, wenn wir klassische Moderne auch wieder aufbauen. Das war noch vor wenigen Monaten in der Fachwelt anders. Der Präsident von ICOMOS hat es der Stadt freigestellt und signalisiert, man werde die Entscheidung in Dessau-Roßlau mittragen.

Zu dem Bericht des Oberbürgermeisters meldete sich **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM** zu Wort. Anknüpfend an seine Kritik merkte er an, dass drei Fraktionen des Stadtrates form- und fristgerecht eine Vorlage für die heutige Sitzung zum Umgang mit der Meisterhaussiedlung eingebracht haben. Da die Stadtverwaltung diese in eigener Entscheidung nicht ausgereicht hat, habe man sich in einer Runde mit den Fraktionsvorsitzenden darauf geeinigt, dass der Oberbürgermeister heute eine Erklärung abgibt, warum die Vorlage nicht ausgereicht wurde und die Stadtverwaltung den Inhalt aber als Handlungsauftrag für die Sommerpause nimmt. Diese klare Erklärung sei nicht gekommen und er mahne sie an.

Weiterhin ging er auf die Aussage zur Biogasanlage ein. Von den betroffenen Bürgern wisse man, dass auf Anfragen an das Baudezernat anfangs geantwortet wurde, man wisse nichts von dieser Anlage. Der Presse und den jetzigen Ausführungen des Oberbürgermeisters war nun aber zu entnehmen, dass die Stadtverwaltung selbst als einen der möglichen Standorte diesen angegeben hat, was wieder eine Frage ist, wie mit dem Stadtrat und der Öffentlichkeit umgegangen wird.

Zur Äußerung von Herrn Otto stellte **Herr Tschada, Leiter des Bauordnungsamtes**, welcher stellvertretend für BM Gröger anwesend war, richtig, Herr Gröger hatte betont, dass es mehrere Standortvorschläge gegeben hat. Einer davon war die Lukoer Straße, wofür sich der Antragsteller entschieden hat. Der Antragsteller richtet seinen BImSch-Antrag an die Obere Immissionsschutzbehörde. Von dort wird die Stadtverwaltung dann benachrichtigt. Die Benachrichtigung ist auch eingegangen, man wurde aber schriftlich noch zu keiner Stellungnahme aufgefordert. Für die Ortschaftsratssitzung in Roßlau habe sich die Stadtverwaltung extra die Unterlagen von Halle geholt, um informieren zu können. Es wurde also alles dargelegt und nichts verschwiegen.

Der Punkt sei aber, dass die Verwaltung diesen Standort vorgeschlagen aber dann gesagt hat, man wisse nichts davon, entgegnete **Herr Otto**.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung am 4. Juni 2008 fasste der Stadtrat im nichtöffentlichen Teil folgende Beschlüsse:

- Streichung von Ehrenbürgerrechten von der Ehrenbürgerliste der Stadt Dessau-Roßlau
- Geschäftsanteile an der Agentur für Technologietransfer und Innovationsförderung GmbH Anhalt (ATI) sind per Beschluss veräußert worden.

5. Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16.30 Uhr

Zu Wort meldete sich **Herr Ginskey, wohnhaft in Dessau, Alte Leipziger Straße 13**. Er brachte drei Sachverhalte vor:

1. Die Poller am Friedhof III, von der Argenteuiler Straße bis zur Haltestelle Friedhof bedürfen dringend eines Anstriches. Ihm sei nicht klar, wer dafür zuständig ist, die DVV oder die Stadtverwaltung. Er habe bereits mehrfach Herrn Richter dazu angesprochen, es ist aber nichts passiert.
2. Der Wegezustand der Lorkpromenade vom Sportheim bis zur Damaschkestraße bedarf einer Instandsetzung, so müsse z. B. das Gras gemäht werden. Hierzu habe er mehrfach bei Frau Dr. Lott angerufen.
3. Im Lorkteich sind bereits alle Fische verendet. Wie er erfahren habe, werde vom Autohaus Geissel Abwasser hinein geleitet. Hier müsse Abhilfe geschaffen werden.

Herr Tschada sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Dessauer Denkschrift der "Bürgerinitiative zur Stärkung des kreisfreien Oberzentrums Dessau-Roßlau und der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg"

Vorlage: DR/IV/001/2008/I-80

Frau Andrich, **Fraktion Die Linke**, fragte betreffs „Weltkulturerbe“ nach. Sie vermisse in der Denkschrift die Frage „Weltnaturerbe“, nämlich das Biosphärenreservat.

Herr Oberbürgermeister wies darauf hin, dass es die Denkschrift der Bürgerinitiative ist, insofern könne er dies nicht beantworten. Man wolle aber die Denkschrift für den weiteren Leitbildprozess übernehmen. Der Hinweis von Frau Andrich werde dabei natürlich mit aufgenommen.

Die Bestandsaufnahme in dieser Denkschrift sei eine sehr erfolgreiche Fleißarbeit gewesen, merkte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, an. Sie spiegelt den Status quo auch sehr gut wider. Er habe allerdings zwei Kritikpunkte, die nicht an die Bürgerinitiative gerichtet ist, sondern an die Verwaltung. Die Denkschrift stamme von Anfang Dezember 2007. Erst jetzt soll sie mit dieser Informationsvorlage an die zuständigen Stellen weitergereicht werden. In der Zwischenzeit sei eine Vielzahl von Veränderungen bei den in der Denkschrift enthaltenen Sachverhalten eingetreten. Er denke allein an die tief greifenden Veränderungen in der künstlerischen Leitung des Anhaltischen Theaters. Die Denkschrift hätte also wesentlich schneller von der Verwal-

tung weitergeleitet werden sollen. Weiterhin fehle ihm im Rahmen der Vorlage selbst ein gewisser Rückschluss, was letztendlich seitens der Stadtverwaltung beabsichtigt ist, an Angeboten nach außen weiterzugeben.

Die Denkschrift selbst ist eine Momentaufnahme und soll Bestandteil der Leitbilddiskussion sein, erklärte Herr Schöнемann, **Fraktion Die Linke**. Es ist ein Angebot einer Bürgerinitiative, die sich auch an Diskussionsrunden zur Profilierung des zukünftigen Leitbildes beteiligt. Dafür richtete er zunächst den Dank an diejenigen, die die Denkschrift erarbeitet haben. Natürlich sind weitere Hinweise und ständige Aktualisierungen notwendig, was sicher im Rahmen der Diskussion stattfinden wird. Ein Weiterreichen von Angeboten an die Region ist deshalb auch noch nicht erfolgt, weil man sich erst selbst befinden sollte, um dann miteinander entsprechende Wege der Zusammenarbeit zu finden.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.2 Maßnahmebeschluss zur vorbereitenden Planung des 5. Bauabschnitts des Ersatzneubaus des Städtischen Klinikums Dessau **Vorlage: DR/BV/164/2008/IV**

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.3 Verordnung der Stadt Dessau-Roßlau zum Verbrennen von Baum- und Strauchschnitt (Verbrennungsverordnung) **Vorlage: DR/IV/055/2008/VI-83**

Grundsätzliche Ausführungen erfolgten durch **Herrn Tschada, Leiter des Bauordnungsamtes**. Die Vorlage informiere über das Ergebnis des Prüfauftrages, der in der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 08.01.2008 erteilt wurde. Herr Tschada ging auf die einzelnen Punkte ein und schloss, dass derzeit noch praktikable alternative Lösungen vorbereitet werden.

Als weiteres Vorgehen ist beabsichtigt, da bis zur nächsten Brennperiode die umfassende Klärung nicht möglich sein wird, soll die bestehende Verordnung moderat angepasst werden. Statt der Gartenabfallverbrennung wird sie dann heißen „Verbrennung von Baum- und Strauchschnitt“. Es wird beabsichtigt, den Monat Oktober zu streichen und dafür den Monat Dezember einzuführen und das Einrichten einer Schutzzone von 1000 m im Radius um das Städtische Klinikum in Alten.

In der nächsten gemeinsamen Sitzung des Betriebsausschusses des Eigenbetriebes Stadtpflege und des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt sollen die Alternativen zur Verbrennung von der Verwaltung nochmals vorgetragen und erörtert werden. Abgestimmt mit den Ortschaftsräten soll dann zur Beschlussfassung im Stadtrat eine einvernehmliche Verordnung eingebracht werden kann.

Die genannte gemeinsame Sitzung sollte so schnell als möglich stattfinden, regte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, erklärte, er hätte sich gewünscht, dass das, was hier als Fazit genannt wurde, heute beschlossen wird. Er unterstützte die Anregung von Herrn Giese-Rehm und ergänzte, dass schnellstmöglich eine Lösung gefunden werden muss, um noch in diesem Jahr das Verbrennen nicht mehr zuzulassen. Der Oberbürgermeister habe Möglichkeiten, bestimmte Dinge verbieten zu lassen. Von seiner Seite habe er dazu die volle Unterstützung.

Die **CDU-Fraktion** habe am Montag das Thema beraten und inzwischen einen Beschlussvorschlag erarbeitet, berichtete **Herr Weber**. Man hoffe, dass dann im September ein entsprechender Beschluss gefasst werden kann.

Die von der Verwaltung dargelegte Verfahrensweise wurde durch Herrn Schönemann, **Fraktion Die Linke**, begrüßt. Wille und Ziel des Rates und der Ausschüsse ist es, so viele Bürgerinnen und Bürger wie möglich in die Entscheidung mitzunehmen und eine akzeptable Lösung zu finden. Er sei nach wie vor der Meinung, dass man auf Verbote verzichten kann und die Chance besteht, Baum- und Strauchschnitt einzusammeln und zu entsorgen. Damit entfällt der Gegenstand des Verbrennens und wäre eine vernünftige Alternative. Die Arbeitsrichtung der Verwaltung ist gut und werde von der Links-Fraktion positiv begleitet und auch unterstützt.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, richtete an Herrn Schönemann als Vorsitzenden des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt und Frau Nußbeck als Vorsitzende des Betriebsausschuss nach dem konkreten Termin der gemeinsamen Sitzung.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.4 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Zunächst sprach **Herr Weber, CDU-Fraktion**, ein Lob für die Sauberkeit und Art und Weise des Umgangs der Mitarbeiter mit Besuchern im Dessauer Tierpark aus. Seine erste Anfrage richtete er an Frau Nußbeck. Mit der Beschlussfassung zum Haushalt sollten bestimmte Analysen gefertigt werden, einmal, was können wir tun, um junge Menschen in die Freiwilligen Feuerwehren einzuwerben, zweitens eine Analyse zur Seniorenbetreuung und drittens Sportstättenkonzeption. Sind diese Analysen in Auftrag gegeben worden?

Für die Feuerwehr gibt es bereits eine Vorlage, die in der Verwaltung bereits beschlossen wurde, erwiderte **Frau Beigeordnete Nußbeck**. Hier geht es z. B. darum, Freikarten für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr in städtischen Einrichtungen bereitzustellen, Gebührenfreiheit bei Fahrerlaubnissen für bestimmte Fahrzeuge. Die Feuerwehrkonzeption wurde in Auftrag gegeben und soll am 30.09. vorliegen. Der Seniorenreport wird sicher im Sozialbereich erarbeitet, ist aber im Protokoll als Festlegung beim Oberbürgermeister terminiert. Das Sportstättenkonzept ist in Arbeit und dem Finanzausschuss wird hierzu die Zeitplanung in seiner nächsten Sitzung vorgestellt.

Die zweite Frage von Herrn Weber, wie weit die Erstellung eines Veräußerungskonzeptes für städtische Grundstücke ist, die schon mit dem Konsolidierungskonzept im Vorjahr beschlossen wurden, beantwortete Frau Nußbeck dahingehend, dass das Konzept gerade vorliegt. Es werde in einer der nächsten Dienstberatungen besprochen.

Nach dem Stand der Neubestuhlung des Sitzungsraumes des Stadtrates fragte Herr Weber den Stadtratsvorsitzenden bzw. die Verwaltung. Hierzu führte **Herr Dr. Exner** aus, es sei mit der Fachhochschule auf den Weg gebracht und bis zum Ende dieses Semesters sollen erste Entwürfe für den Ratssaal vorliegen. Zu gegebener Zeit werde darüber berichtet. Ergänzend merkte Herr **OB Koschig** an, man sei davon ausgegangen, dass die Studenten sich melden, wenn die Arbeiten abgeschlossen sind. Dennoch habe man sich bei der Hochschule in Erinnerung gebracht, es gibt aber noch keinen Termin für die Vorstellung der Semesterarbeiten.

Auf den Umfang der ihm zugegangenen Beschlussvorlagen für die heutige Sitzung bezog sich Herr Tonndorf, **Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**. Im lägen z. B. zwei Vorlagen mit insgesamt 71 Seiten vor, er habe diese Beschlussvorlagen bereits mehrmals bekommen - Kulturausschuss, Ortschaftsrat und Stadtrat. Er regte an, etwas für die Umwelt und auch für die Konsolidierung zu tun und Papier zu sparen. Es müsse die Möglichkeit geben, die Vorlagen nur einmal auszureichen.

Der **Stadtratsvorsitzende, Herr Dr. Exner**, sagte zu, die Anregung vom Präsidium aufzunehmen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, erinnerte daran, dass vor ca. 8 Wochen die neue Jugendherberge Zufahrten bekommen habe. Dazu wurden Teile des Radweges weggebaggert, aber nicht wieder hergestellt. Er fragte die Verwaltung, ob die Baumaßnahme beantragt, genehmigt und wieder abgenommen wurde. Wann werden die Anschlüsse wieder hergestellt.

Die Information, welche **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke** transportierte, war schon Thema der Berichterstattung des Oberbürgermeisters. Es war ein klares Wort, was die Arbeit der Bürgerinitiative zum Schutz kommunaler Unternehmen der Daseinsfürsorge betrifft. Unter dem Aspekt der Abwägung und Richtigstellung einiger Vorgänge stellte Herr Schönemann dar, es gebe im Umgang der Findung einer möglichen Lösung zur Konsolidierung unseres Haushaltes mehrere Wege. In den letzten Wochen und Monaten haben sich einige Bürgerinnen und Bürger einige Gedanken gemacht, wie man damit umgehen könnte, wenn es zur Veräußerung käme. Aus diesem Grunde ist diese Initiative auf die Idee gekommen, dieses Bürgerbegehren zum Schutz des kommunalen Eigentums konkret auf den Weg zu bringen.

Es gibt dazu eine breite Unterstützung der Gewerkschaften, Personalvertretungen der städtischen Gesellschaften, von politischen Parteien und Wählergemeinschaften. In diesem Zusammenhang nannte Herr Schönemann Anlaufpunkte, wo Unterschriften geleistet bzw. Unterschriftenlisten abgeholt werden können. Des Weiteren informierte er, dass der Vertrag zur Beteiligung der Personalvertretungen im Rahmen des Umgangs mit städtischem Eigentum ist ein Angebot der Gewerkschaft Ver.di und nicht der städtischen Verwaltung. Es war anfangs etwas schwer, sich mit dem Vertrag auseinanderzusetzen, inzwischen ist er mit der Initiative plötzlich auf der Tagesordnung. Mit der Bürgerinitiative habe dies aber nichts zu tun, es ist eine Frage der Beteiligung im Rahmen der gesetzlichen Erfordernisse in einem solchen Prozess. Im Übrigen sei es legitim, dass sich Bürger der Stadt Dessau Gedanken über das städtische Eigentum machen und von ihrem demokratischen Recht im Rahmen der Gemeindeordnung Gebrauch machen.

Als Information fügte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an, die Ausführungen von Herrn Schöнемann an, dass das Gutachten von Rödel & Partner sei keine geheime Sache, es gebe eine umfassende Beteiligung der Kommunalpolitiker, in der es vorgestellt wurde. Die Frage ist, dass man eine solche Frage nicht auf ein Ja oder Nein reduzieren kann, da es sehr differenziert ist. Er frage, ob ein jährlicher Zuschuss von 20 T€ für den Flugplatz, 300 T€ Zuschuss für die Datel jedes Jahr, sind Kommunikationsleistungen Daseinsfürsorge sind. Er denke, dass gerade dies genau diskutiert werden muss.

Auch in die Richtung Haushalt gehend, stellte Herr Dr. Schmidt an **Herrn Kolze als Landtagesabgeordneten** eine Frage. Er habe gelesen, dass die Diskussionen über die Änderung des Finanzausgleichgesetzes ins Stocken geraten sind. Wann ist aus dem Landtag eine Entscheidung zu erwarten?

An der Stelle betonte der **Stadtratsvorsitzende**, dass es heute nicht um die Diskussion Veräußerung von städtischem Eigentum geht. Dies bat er in den folgenden Wortmeldungen zu berücksichtigen. Im Tagesordnungspunkt geht es um reine Anfragen und Informationen.

Herr Kolze, CDU-Fraktion, berichtete, es werde auch wie im Jahr 2007 eine Sonderfinanzierung für die drei kreisfreien Oberzentren Halle, Magdeburg und Dessau in Höhe von ca. 13 Mio. EUR geben. Somit ist die Sonderfinanzierung auch für das Jahr 2009 gesichert. Das neue Finanzausgleichgesetz ist frühestens zum 01.01.2010 zu erwarten. Da das Innenministerium hier auch an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gestoßen ist, war es so schnell wie es gewünscht wurde, nicht möglich. Dennoch arbeiten hier Landtag und Innenministerium eng miteinander. In Thüringen ist gerade ein neuer Finanzausgleich verabschiedet worden, wo allerdings genau das wichtige Instrument der Finanzierung des Ausgleichs vor dem Thüringischen Verfassungsgericht angegriffen wird. Herr Kolze gehe davon aus, wenn dieses Verfassungsgericht hier entschieden hat, wird es auch in Sachsen-Anhalt relativ schnell mit einem neuen Finanzausgleichgesetz gehen.

Das Bürgerbegehren zur Privatisierung und die Thematik dazu sei viel zu ernst, sensibel und wichtig für diese Stadt, als dass hier Polemik betrieben wird und schon die Frage so formulieren, dass Emotionen geweckt werden, mahnte **Herr Pohl, CDU-Fraktion**. In diesem Punkt solle man zur Sachlichkeit finden und ihn ohne Vorbehalte und Ressentiments diskutieren.

Frau Andrich, Fraktion Die Linke, erinnerte an den Beschluss im letzten September betreffs Beitritts zur Erklärung von Barcelona „Die Stadt und die Behinderten“. Ihre Frage ging an den Oberbürgermeister, ob der Antrag der Stadt schon in Barcelona eingegangen ist und wie weit ist man mit der Erarbeitung des Konzeptes. **Herr Koschig** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Eine Frage bezüglich der Baumaßnahmen im Bauhaus-Umfeld stellte **Frau Sanftenberg, Fraktion Die Linke**. Sie bat um Auskunft, ob es Veränderungen zu dem letzten vorliegenden Beschluss gibt. Des Weiteren bezog sie sich auf das Sandsackfest in Ziebigk/Siedlung, welches an diesem Sonnabend stattfinden soll. Die Projektgruppe habe die Organisation dieses Festes inzwischen zum 6. Mal geschafft. Da aber Ziebigk/Siedlung keine Ortschaft sei und deshalb auch über keine finanziellen Mittel verfü-

ge, suche die Projektgruppe noch Sponsoren bzw. finanzielle Unterstützung. Interessenten können bei Frau Sanftenberg die Kontonummer erfahren.

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, berichtete, dass zum Thema Bauhausstraße/Umfeld Bauhausplatz Bürgerversammlungen, -informationen und Spaziergänge vor Ort stattfanden. In der zweiten Bürgerversammlung, welche am gestrigen Tag stattfand, wurden die Hinweise und Bedenken der Bevölkerung vom letzten Mal ausgewertet. In Gemeinsamkeit mit dem Büro Landschaftsarchitektur mann konnten wir einen veränderten Vorschlag für den Bauhausplatz vorlegen. Die Anlieger und insbesondere der Eigentümer, die DWG, waren recht angetan von dem Kompromissvorschlag, da dort sehr viele Hinweise eingearbeitet worden sind, ohne die Gestaltungsprinzipien aus dem Wettbewerb zu verfälschen. Bis auf wenige einzelne negative Stimmen war eine recht positive Stimmung. Im nächsten Bauausschuss, am 26.08.2008, wird nochmals die Bürgerbeteiligung ausgewertet und das Modell nochmals vorgestellt.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, verwies auf den Termin der nächsten Sitzung des Hochwasserausschusses am 16. September 2008. Er bat darum, dass noch seitens der Ausschussmitglieder Beratungsgegenstände an Herrn Müller bei der Berufsfeuerwehr gerichtet werden.

Eine ausführliche Beantwortung seiner Anfrage im letzten Stadtrat zur Gefahrenabwehrverordnung sei auch in Kopie allen Fraktionen zugegangen, merkte Herr Giese-Rehm an. Aufgrund eines neuerlichen Vorfalls an der Heidestraße, bei dem die Polizei gerufen wurde, um einen Bürger aufzunehmen, der für sich selbst zur Gefahr geworden war, bat er darum, den Ordnungsdienst gezielt auf die Kaufhalle Heidestraße hinzuweisen.

Des Weiteren brachte Herr Giese-Rehm seine Verärgerung zum Ausdruck. Er musste heute feststellen, dass der nichtöffentliche Beratungsgegenstand der letzten Hauptausschusssitzung zum Thema „Weiteres Verfahren mit den Kindertagesstättenübertragungen“ sehr breit der Presse zu entnehmen ist. Dies könne er nicht verstehen, man hätte erst nach Abstimmung mit dem Hauptausschuss an die Öffentlichkeit gehen dürfen.

Oberbürgermeister Koschig führte aus, was die hilflose Person im Stadtgebiet betreffe, ist die Wahrscheinlichkeit, dass durch eine verstärkte Bestreifung Abhilfe geschaffen werden kann, sehr gering. Seine Bitte gehe vielmehr an die Bürgerinnen und Bürger, dies dem Stadtordnungsdienst bzw. dem Rettungsdienst zu melden. Die weitere Vorgehensweise der Privatisierung der Kindertagesstätten betreffend, hat der Hauptausschuss als in der Sache zuständiges Gremium abschließend eine Verfahrensweise beschlossen, worüber auch die Öffentlichkeit zu informieren. Herr Koschig habe dazu das Pressegespräch zur Vorstellung des neuen Sozialdezernenten genutzt und auf Fragen der Presse geantwortet. Es wurde kein Gremium übergangen, da diese Vorlage nicht in den Stadtrat geht.

An der Stelle informierte Herr Oberbürgermeister darüber, dass momentan eine umfassende juristische Aufarbeitung erfolgt. Es gab eine Beschwerde aus dem Jugendhilfeausschuss, der sich wegen einer Tages Verspätung in der Auslieferungsfrist nicht mit der Vorlage beschäftigt hat. Der Jugendhilfeausschuss ist von uns in der Sache beteiligt worden, aber in der Sache selbst nicht zuständig. Das fachliche Urteil des Ausschuss wollte man jedoch haben, weshalb man ihn auch beteiligte. Dazu gebe es noch eine Zuarbeit des Rechtsamtes und der Ausschussvorsitzende erhält daraufhin ein Schreiben.

Das Dezernat ist an der Umsetzung des Beschlusses und die Stadtverwaltung habe sich ehrgeizige Ziele gesetzt, was die Privatisierung von Kindertagesstätten betrifft. An den Stellen, wo das Einvernehmen erzielbar ist, soll es noch in diesem Monat weitgehend abgeschlossen werden. Man werde dann sowohl im Jugendhilfeausschuss und auch im Hauptausschuss informieren und weitere Beschlussfassungen benötigen.

Frau Storz, SPD-Fraktion, bezog sich in ihren Ausführungen auf die Außendarstellung der Stadt Dessau-Roßlau. Zum diesjährigen Sachsen-Anhalt-Tag in Merseburg nutzten zahlreiche Städte die Veranstaltungen, um sich zu präsentieren, insbesondere ihren Tourismus und ihre Wirtschaft zu zeigen und imagebildend dort wirksam zu werben. Sie habe mit ihrem Verein teilgenommen und wolle hier die Anregung und Frage an den Oberbürgermeister und auch an den Wirtschafts- und Tourismusausschuss geben, dass die Vorbereitung des nächstjährigen Sachsen-Anhalt-Tages in der Tourismushochburg Thale doch besser erfolgen und man sich Mühe geben sollte, unsere touristischen Highlights dort zu vermarkten und auch in das Fernsehen vorzudringen, um für unsere Stadt zu werben. Es sei ungenügend, nur „Schaut hin“, zwei Vereine oder ein Schifferboot von Roßlau dorthin zu lassen. Man habe Weltkulturerbe, Unesco-Weltkulturerbe, das Theater und keines davon tauche dort seit Jahren auf. Frau Storz bat, dies im Ausschuss zu besprechen und langfristig mit den Partner in der Stadt vorzubereiten, um sich als Oberzentrum zu präsentieren.

Oberbürgermeister Koschig erwiderte, man greife die Anregungen sehr gern auf. Es sei allerdings alles eine finanzielle Frage. Er informierte an dieser Stelle über das Dankeschön der Landesregierung für den Sachsen-Anhalt-Tag in diesem Jahr, welches er zum Anlass genommen hat, pro forma für das Jahr 2013 unsere Stadt für eine Bewerbung vormerken zu lassen. 2013 ist die 800-Jahr-Feier der Stadt Dessau. In dieser Woche kam eine positive Antwort, es gibt noch keine Bewerbung für 2013, weshalb man sehr gute Chancen habe, bei einer Bewerbung auch den Zuschlag zu erhalten.

Die Aussage des Oberbürgermeisters zu den Kindertagesstätten könne so nicht im Raum stehen bleiben, betonte **Herr Weber, CDU-Fraktion**. Er habe von einem zuständigen Ausschuss gesprochen. Auch der Hauptausschuss sei nicht zuständig für einen bestehenden Stadtratsbeschluss, der über die Vergabe von Kindereinrichtungen an freie Träger und den Zeitpunkt der Vergabe bereits besteht.

Der Oberbürgermeister habe sich beschlusskonform verhalten, entgegnete Herr Schönnemann, Fraktion Die Linke. Die Gründung eines Eigenbetriebes mit gemeinnützigem Charakter könnte eine tragfähige Lösung sein, der im Wettbewerb als Träger berechtigt antreten kann. Er bat um Versachlichung der Diskussion. Man verhalte sich beschluss-treu. Das einzige Problem hatte man mit der Aufarbeitung des einen oder anderen sachlichen Zusammenhangs, wo man bei der Vergabe etwas hinterhergehinkt habe. Das wurde kompensiert und das Fachacht zeige jetzt Flagge. Die Stadträte sollten die geleistete Arbeit honorieren und der Bitte des Oberbürgermeisters folgen, den Beschluss zu realisieren und nicht eine Grundsatzdebatte neu zu beginnen.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bezog sich auf das von Frau Storz angesprochene Thema. Im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus beschäftige man sich damit seit einem halben Jahr. In den letzten Sitzungen hatte man eine Auflistung aller Marketingaktivitäten der Stadt Dessau-Roßlau auf dem Tisch. Es gab eine erste Stellungnahme des Oberbürgermeisters zur möglichen Gründung einer

Stadtmarketinggesellschaft und auch zur Bündelung aller Aktivitäten, was die Außenwirkung der Stadt anbelangt. Man werde nach der Sommerpause darüber diskutieren und entsprechende Beschlüsse fassen.

Im Punkt 1 des Beschlusses des Stadtrates am 07.11.2006 zur Übertragung aller kommunalen Kindereinrichtungen der Stadt Dessau in freie Trägerschaft heißt es: „Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, die Übertragung aller kommunalen Kindertagesstätten an freie Träger gemäß § 9 ... KiföG nach folgenden Maßgaben vorzubereiten“ führte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, aus. Ein Eigenbetrieb sei aber kein freier Träger. D. h. wenn man eine andere Arbeitsrichtung einschlagen will, was nach der entsprechenden Prüfung durchaus legitim sei, ist der Stadtrat auch das Gremium, das die Arbeitsrichtung bestätigen muss und nicht ein Hauptausschuss. Man müsse sich an die Beschlüsse halten. Der 2. Beschlussvorschlag hieß, dass die Übertragung möglichst bis zum 30.06.2007 abzuschließen ist. Das Ziel wurde nicht erreicht.

Der Hauptausschuss habe nicht die Gründung eines Eigenbetriebes beschlossen, sondern die Verwaltung beauftragt, für die Sitzung des Stadtrates am 03.12.2008 ein Konzept vorzulegen, erklärte **Oberbürgermeister Koschig**. Dann habe der Stadtrat darüber zu befinden, ob er von dem hier gefassten Beschluss abweicht. Er bat Herrn Westhagemann, Leiter des Rechtsamtes, zum juristischen Sachverhalt Ausführungen zu machen.

Herr Westhagemann bestätigte, dass der Beschluss des Stadtrates der Stadt Dessau aus 2006 nicht vollzogen worden ist. Die Städte Dessau als auch Roßlau sind zum 30.06.2007 untergegangen. Damit ist auch der Beschluss untergegangen. Insofern sei es legitim, mit Blick auf die geänderten Rahmenbedingungen, das sind die rechtlichen und die tatsächlichen Rahmenbedingungen, einen Beschluss vorzubereiten. Letztendlich entscheidet der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau. Dieses Gremium entscheidet darüber, ob es einen Eigenbetrieb gibt und ob übertragen wird. Insofern sei das eingeleitete Verfahren legitim.

7. Beschlussfassungen

7.1 Wahl der Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss

Vorlage: DR/BV/154/2008/II-30

Die Wahl wurde per Akklamation durchgeführt.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:03

7.2 Wahl der ehrenamtlichen Richter beim OVG Magdeburg

Vorlage: DR/BV/181/2008/II-30

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:02

7.3 Wahl der Haupt- und Hilfsschöffen

Vorlage: DR/BV/155/2008/II-30

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

7.4 Entsendung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat des MVZ Vorlage: DR/BV/251/2008/II-30

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 33:00:07

7.5 Abfindungsregelung für die Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/233/2008/II-10

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen, legte dar, man befinde sich nach wie vor in der Haushaltskonsolidierung und in der Notwendigkeit Personal abzubauen. Die vorgeschlagene Möglichkeit sei ein Weg, einvernehmlich und sozialverträglich Personal abzubauen. Diese Richtlinie hatte man bereits im Nachgang zur Fusion und galt bis zum 31.12.2008. Von diesem Angebot haben relativ wenig (4) Mitarbeiter Gebrauch gemacht. Dennoch wolle man diese Möglichkeit auch weiterhin zur Verfügung haben. Voraussetzung, dass die Richtlinie gültig wird, sei neben dem heutigen mehrheitlichen Beschluss auch die Genehmigung durch den Arbeitgeberverband und das Landesverwaltungsamt. Wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass Personal nachweislich eingespart wird, also eine Haushaltskonsolidierung stattfindet.

Sie korrigierte sich hinsichtlich ihrer Aussage im Hauptausschuss, dass das original dieselbe Abfindungsrichtlinie ist, wie die bisherige. Sie berichtete, dass es gemäß § 5 Abs. 1 (Abfindungshöhe) eine leichte Anhebung gebe. Arbeitnehmer erhalten eine Abfindung in Höhe des Einfachen eines Bruttomonatsbezuges (vorher des 0,75-fachen).

Auf die in der Begründung der Vorlage genannten Zahlen verwies **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**. Wenn 178.346,96 € an Abfindungen gezahlt wurden und Personalausgaben in Höhe von 553.315,42 € zu zahlen gewesen wären, sei die Ersparnis nicht wie angegeben 440.000 €, er komme auf 374.000,- €.

Frau Nußbeck sagte eine Prüfung zu. *(Im Ergebnis der Prüfung wurde an jede Fraktion des Stadtrates sowie die Einzelmitglieder jeweils ein Korrekturblatt zur Vorlage gegeben.)*

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bezog auch auf den § 5 und fragte, ob es richtig sei, dass der Maximalbetrag einer Abfindung nicht gestiegen ist. Das wurde von Frau Nußbeck bestätigt.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

7.6 Beantragung und Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Integrationsarbeit Vorlage: DR/BV/218/2008/I-GSB

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, erklärte, man habe gerade die Abfindungsrichtlinie beschlossen, um weiteren Personalabbau sozialverträglich zu ermöglichen. Jetzt schaffe man hier eine völlig neue Personalstelle. Die Stellen-

besetzung soll durch eine interne erweiterte externe Stellenausschreibung erfolgen. D. h. bei gleichwertigen Bewerbungen wird einer internen Stellenbesetzung der Vorzug gegeben. Er bat ausdrücklich um eine interne Stellenausschreibung, um die Schaffung einer zusätzlichen Stelle auszuschließen.

Erwidernd legte **Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen**, dar, für die 5 Jahre werde die Stelle voll gefördert, so dass in dieser Zeit keine Personalkosten anfallen. Der Stelleinhaber müsse aber bestimmte Voraussetzungen erfüllen, z. B. Sozialpädagoge sein oder einen ähnlichen Beruf haben. Dies könne durch eine interne Ausschreibung nicht sichergestellt werden. Der wichtigste Satz der Vorlage sei (nachzulesen auf Seite 5) „Perspektivisch, über den Förderzeitraum von fünf Jahren hinaus muss es gelingen, alle für die Integration Zugewanderter in der Stadt Dessau-Roßlau verwendeten finanziellen Mittel so effizient und bedarfsgerecht einzusetzen, dass neben der eigentlichen Projektförderung, vorrangig von Bund und Land, die Personalkosten für die Integrationskoordination aufwandsneutral aus dem kommunalen Haushalt bereitgestellt werden können.“ Wenn dies nicht gelingt, müsste die Stelle nach den 5 Jahren wieder abgeschafft werden. Es sei also eine zweckbefristete Einstellung.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 32:00:08

7.7 Bürgerrecht der Stadt Dessau-Roßlau **Vorlage: DR/BV/321/2007/II-01**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 30:00:10

7.8 Einzelhandelsgutachten der Firma GMA **Vorlage: DR/BV/109/2008/II-80**

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, verwies darauf, dass man bereits zur Vorgängervorlage zwei Kritikpunkte angemerkt hatte. Man hatte die Forderung erhoben, die Vorlage dergestalt zu formulieren, dass der Bereich Kreuzbergstraße am ehemaligen Standort Jugendklub Kreuzer als Nahversorgungszentrum zumindest möglich bleibt. In der jetzigen Fassung sei es außen vor. Die gleiche Forderung habe man erhoben für den Standort Kleine Schaftrift, ehemalige Kondi-Kaufhalle, um auch im Bereich Alten/Schaftrift einen Nahversorger zumindest in der Möglichkeit zu haben.

Die Fraktion ist der Auffassung, wenn das in der vorliegenden Form beschlossen werde und es zur Grundlage des Zentrenkonzeptes gemacht werde, seien diese 2 Positionen außen vor, es sei denn, man bekomme heute die ausdrückliche Zusicherung seitens der Verwaltung, dass diese zwei Standorte als Nahversorgungszentren möglich bleiben. Ansonsten werde die Vorlage seitens der Fraktion abgelehnt.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, schlug im Interesse der konstruktiven Behandlung der Vorlage vor, das von Herrn Bönecke Vorgebrachte als Ergänzungsantrag zu werten.

Oberbürgermeister Koschig bat um **Änderung** im Beschlussvorschlag: „Das Einzelhandelsgutachten für die Stadt Dessau-Roßlau wird als eine **Arbeitsgrundlage** für das parallel entstehende und methodisch verknüpfte städtebauliche Zentrenkonzept, welches im Rahmen einer Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes erarbeitet wird, beschlossen.“ Mit dieser Ergänzung beantworten sich die Fragen, wie die Verwaltung damit umzugehen gedenkt. Man nehme das zur Grundlage, um hier weitere Entwicklungen des Einzelhandels zu fördern.

Man wolle die genannten Positionen explizit enthalten haben, erklärte **Herr Tonndorf, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**.

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, verwies auf die Anlage Abb. 18 – Inhalte der Standortklassifikation. Hier seien die Nahversorgungszentren Typ B dargestellt, welche ergänzt werden sollen um „Kreuzbergstraße/Haus Kreuzer; Fa. Maenicke, und Kleine Schaftrift (ehemals Kondi)“.

Dies könne als Auftrag zur Aufnahme in die Diskussion des Zentrenkonzeptes angenommen werden, führte **Oberbürgermeister Koschig** aus, aber nicht in das Gutachten selbst geschrieben werden, weil es nicht unser Geistes Eigentum ist.

Er hätte es als positiv gesehen, wenn das in den beiden stattgefundenen Ausschusssitzungen (Bau- und Wirtschaftsausschuss) behandelt worden wäre, merkte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an. Er schlug vor, die Ergänzung Kreuzbergstraße als Prüfauftrag für das Zentrenkonzept aufzunehmen. Die Kleine Schaftrift sei schon Bestandteil des Gutachtens und müsse nicht noch aufgenommen werden.

Man habe dieses Gutachten als Stadtrat gewünscht und gefordert, führte **Herr Hartmann, SPD-Fraktion**, aus. Jetzt liege ein Gutachten vor, an welchem lange gearbeitet und welches auf breiten Schultern diskutiert wurde. Man habe jetzt ein Ergebnis, ein Papier, von dem man ausgehen könne, wenn man neu über bestimmte Dinge, wie das Zentrenkonzept usw. nachdenken wolle. Aus diesem Grunde bat er darum, dieses erstellte Gutachten als solches wahrzunehmen. Man habe keine Handhabe, in einem Gutachten, was ein Büro erstellt hat, Änderungen vorzunehmen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, erklärte, man könne das Gutachten nicht ändern, aber man könne im Beschlusstext aufnehmen, dass das Gutachten genau um diese beiden Standorte für die weitere Bearbeitung im Zentrenkonzept ergänzt wird. An Herrn Hartmann gerichtet, legte er dar, es waren fast alle Fraktionen am Standort Kreuzbergstraße und haben gesagt, sie wollen den Standort. Deshalb habe man hier keine Diskussion erwartet. Bezüglich der Schaftrift wolle Herr Bönecke mehr als nur einen Solitärstandort, weil dort niemand wieder hineingehen werde. Man habe aber beschlossen, das Gelände an der Tankstelle Mannheimer Straße zu verkaufen, wo man noch etwas machen könnte. Es biete mehr Chancen, etwas zu bekommen, wenn man sagt, das ist kein Solitärstandort, sondern ein größerer Standort.

Die Ergänzung von Herrn Dr. Schmidt beschreibe eine Vorgehensweise, eine Möglichkeit der Option im Umgang mit dem Standort Schaftritt, führte **Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke**, aus. Ihm erscheine aber das Signal konkret an die Firma in der Kreuzbergstraße wichtig. Hier habe die Stadtverwaltung in den vergangenen Jahren im Interesse der Stadtentwicklung etwas deutlich in die Bauakte geschrieben. Hier sei man in der Verantwortung und man müsste dem Investor vor Ort, der Firma Maenicke, die nötige Rückenstütze geben. Hier sei man in der Verantwortung und es sei nichts zu prü-

fen, sondern zu begleiten und entsprechend umzusetzen, damit diese Firma nicht in Schwierigkeiten kommt. Die Gefahr sei groß und alle Fraktionen haben Unterstützung signalisiert. Deshalb sollte die Sache ergänzend aufgenommen werden.

Der Stadtratsvorsitzende **Dr. Exner** verwies darauf, dass das Gutachten nicht ergänzt werden könne, sondern nur der Beschluss. Deshalb bat er Herrn Bönecke, dem Präsidium einen entsprechenden Ergänzungsantrag zum Beschluss schriftlich zuzureichen.

Herr Hoffmann, 1. stellv. Vorsitzender des Stadtrates, legte dar, man sei in einer ähnlich diffusen Diskussionssituation, wie man sie schon hatte, als das gesamte Papier auf der Tagesordnung stand. Es sei heute nur Gegenstand, festzustellen, dass das die Arbeitsgrundlage ist. Dieses Gutachten könne nicht verändert werden. Es gehe darum zu sagen, ja, das Ergebnis erfüllt die Anforderungen, die an die Firma gestellt wurden, uns eine Arbeitsgrundlage zu geben. Die Diskussion zu den einzelnen weiter zu entwickelnden Inhalten stehe noch bevor. Um mehr gehe es nicht. Das mit Inhalten auf einen konkreten Weg zu bringen, stehe noch aus, darum gehe es jetzt noch gar nicht.

Herr Tonndorf, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, stellte den Geschäftsordnungsantrag, bis zum Vorliegen des Ergänzungsantrages seiner Fraktion in der Tagesordnung fortzufahren, um Zeit zu sparen. **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, stellte den Antrag auf 5 Minuten **Auszeit**. Letzterem wurde zugestimmt.

Im Anschluss verlas **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, den **Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage**:

„Die Einzelhandelsstandorte Kreuzbergstraße (Haus Kreuzer; Firma Maenicke) und Kleine Schaftrift (ehemals Kondi) werden ergänzend zum Ergebnis des Einzelhandelsgutachtens in der Erstellung des Zentrenkonzeptes als mögliche Nahversorgungszentren Typ B berücksichtigt.“

Der **Antrag** wurde mehrheitlich **angenommen** (33:00:06).

Die Vorlage wurde ergänzt und geändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

7.9 Unterstützung und Profilierung des Standortes "Pharmapark" **Vorlage: DR/BV/108/2008/I-80**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

7.10 Maßnahmebeschluss Burg Roßlau - Barrierefreier Zugang Fortführung von Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen auf der Burg Roßlau in Bezug auf die vorliegenden Bewilligungsbescheide aus den Förderprogrammen des Stadtumbau Ost und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung **Vorlage: DR/BV/193/2008/V-41**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

7.11 Umbau des ehemaligen Kaufhauses Roßlau zur Stadtteilbibliothek **Vorlage: DR/BV/194/2008/V-41**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:01

Frau Storz, 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates, bat, im Protokoll ihre **Enthaltung** bei der Beschlussfassung zur Vorlage zu vermerken.

7.12 Maßnahmebeschluss zur Umsetzung des ExWoSt-Modellvorhabens und IBA-Projekts Interkultureller Generationenpark **Vorlage: DR/BV/210/2008/VI-65**

Er vermisste eine Aussage zum Brunnen, welcher noch nicht komplett ist, führte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, aus. Wenn Gelder zur Verfügung stehen, sollte man auch zu dem Brunnen zumindest eine Position beziehen, zumal er in der Fraktionssitzung gehört habe, dass auch Leitungen im Untergrund defekt sind und repariert werden müssen. Er wolle nicht, dass der Platz gestaltet wird und man hinterher wieder anfängt, im Untergrund die Leitungen zu reparieren. Man versuche jetzt, mit Sponsoring die Figuren auf den Weg zu bringen, aber das gehöre dazu. Weiterhin sei im Rahmen des Zentrenkonzeptes mit einer breiten Mehrheit diskutiert worden, dass die Verwaltung daran arbeitet, die Kavalierstraße am Rande des Stadtparks wieder als Baufläche auszuweisen. Man habe das Zentrenkonzept noch nicht beschlossen, jetzt sei das Grünfläche, aber eine Espresso-Bar ist dort vorgesehen. Er sehe nicht mehr, dass man dort etwas vorhabe, weshalb er sich gewünscht hätte, dass das in einer Grundsatzunterlage zumindest für die zukünftige Arbeit darin steht.

Man beschließe jetzt den Rahmenplan und die Einzelmaßnahmen werden vor der Umsetzung im Fachausschuss beraten, vergewisserte sich **Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, und erinnerte an die Nachfrage wegen der über 50 Linden, die gefällt werden sollen. Das wurde seitens der **Verwaltung** bestätigt.

Der Beschlusspunkt 2 sei neu, merkte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an. Er könne, zumal man das Gebäude denkmalgeschützt zur Nutzung erworben hatte, diesen Beschlussvorschlag nicht mittragen. Wenn man das nicht einzeln abstimme, würde er gegen die Gesamtvorlage stimmen müssen, was einen **Antrag auf Einzelabstimmung** der beiden Beschlusspunkt darstelle.

Herr Otto, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, führte bezüglich der Ausführungen von Herrn Dr. Weber aus, er sehe hier nichts von einem Rahmenplan, sondern einen Maßnahmeplan, der untersetzt ist und wo jede Menge Einzelvorhaben aufgelistet sind, aber der Brunnen ist nicht dabei. Er wolle den Maßnahmebeschluss nicht aufhalten, sondern zu Protokoll gegeben haben, dass man bei der weiteren Arbeit an den Brunnen und an die Baudenkflächen denkt, weil es im Zentrenkonzept so ausgewiesen ist.

Zur angesprochenen Maßnahme im Punkt 2 legte **Herr Tschada, Leiter des Bauordnungsamtes**, dar, er gehe davon aus, dass Herr Giese-Rehm den Zustand des alten Lagergebäude mit dem Bürogebäude kennt, wo es schon Beschwerden von der Anwohnerschaft gegeben hat. Um Abhilfe zu schaffen, wurde das seitens der Stadt erstei-

gert, um es dann zu liquidieren, weil sonst dieses Dilemma nicht aufhört. Man wisse, welche Probleme es mit leer stehenden Gebäuden gibt, die keiner Nutzung zugeführt werden können. Aus diesem Grund sehe der Rahmenplan vor, das zu integrieren mit Eingang in den Park.

Zum Antrag, eine getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte 1 und 2 durchzuführen, gab es keinen Widerspruch.

Der Ziffer 1 des Beschlussvorschlages wurde einstimmig zugestimmt.
Der Ziffer 2 des Beschlussvorschlages wurde mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnisse:

Ziffer 1: 39:00:00

Ziffer 2: 36:03:00

7.13 Abwägung der zum Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 172 "Wohnanlage Wilhelm-Feuerherdt-Str." vorgebrachten Stellungnahmen und Offenlage des Planentwurfs Vorlage: DR/BV/205/2008/VI-61

Er habe oft den Eindruck, dass von Seiten der Verwaltung generell versucht werde, alles weg zu wägen, merkte **Herr Weber, CDU-Fraktion**, an. Er vermisse Vermerke, dass man wirklich versucht hat, etwas, was Bürgerinnen und Bürger vorgetragen haben, mit aufzunehmen. Das Verständnis und die Getragenheit dieser Beschlüsse würde noch verstärkt, wenn man des Öfteren mal nach dem Grundsatz vorgehen würde, „was nicht verboten ist, ist erlaubt“ und nicht immer nur nach dem Grundsatz „was nicht ausdrücklich erlaubt ist, ist verboten“. Das sei ein Eindruck, den er über viele Jahre in der Bauverwaltung gewonnen habe, und eine Sache, die man generell im Auge behalten sollte.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:01

7.14 Beschluss über die Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 160 "Kleingartenanlage Haideburg" Vorlage: DR/BV/196/2008/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

7.15 Beschluss über den Bebauungsplan Nr. 160 "Kleingartenanlage Haideburg" als Satzung Vorlage: DR/BV/197/2008/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

Der öffentliche Teil wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch den Vorsitzenden des Stadtrates geschlossen.

Dessau-Roßlau, 15.10.08

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

E. Baumer
Schriftführerin